



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

p/X/119 - 25.5.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 10 31-33
Fernschreiber 039 690

Auflockerung in Washington	S. 1
Jugoslawien im Vordergrund	S. 3
Zweckpropaganda der Koalition	S. 5
Offener Brief zur Person Schlüters	S. 6

Amerikas Vorbereitungen zur Vierer - Konferenz

H.S., New York, Ende Mai

Kein Zweifel kann mehr daran bestehen: die amerikanische Regierung nimmt die bevorstehende Viererkonferenz, die Europa und der Welt Entspannung, Sicherheit und Frieden bringen soll, überaus ernst. Lange Zeit hatte Präsident Eisenhower öffentlich erklärt, dass er sich von einer solchen Konferenz der vier Regierungschefs Englands, Frankreichs, der Sowjetunion und der USA nicht viel verspreche, und immer wieder hatte er gefordert, dass zum mindesten die Sowjetregierung zunächst einmal durch Taten und nicht bloß Worte, eine "Vorleistung" liefern müsse, durch die eine direkte Verhandlung überhaupt erst einen Sinn bekommen würde.

Heute ist Eisenhower keineswegs mehr abgeneigt, mit Bulganin am grünen Tisch zusammenzutreffen. Er spürt in diesem Treffen eine echte Möglichkeit, konkrete Friedensarbeit zu leisten. Die Regierung geht mit großem Eifer an die erforderlichen Vorarbeiten zur Konferenz heran, warnt aber doch gleichzeitig die Öffentlichkeit, sich Illusionen hinzugeben und zu weitgehende Hoffnungen zu hegen. Selbst wenn wirklich in Moskau eine ehrliche Bereitschaft für friedliche Dauerlösungen entstanden sein sollte, werde man, so heißt es, noch mit sehr langwierigen und ermüdenden Verhandlungen zu rechnen haben.

Vier Problemkreise

Es sind vier verschiedene Problemkreise, an die man in Washington

im Zusammenhang mit der Viererkonferenz denkt und auf die man sich vorzubereiten sucht. Der erste, der auf der Konferenz vermutlich im Vordergrund stehen dürfte, ist die Entspannung in Europa und die Sicherung des europäischen Friedens. Seit der Lösung der Österreichfrage handelt es sich dabei primär noch um Fragen der Truppenstandorte, also um eine - immerhin denkbare - Zurücknahme der alliierten, wieder russischen Streitkräfte beiderseits des Eisernen Vorhanges. Dazu gehören aber auch wichtige Dinge wie Ost-Westhandel, die Transportsicherheit von und nach Berlin, Fischereirechte in der Ostsee u.dgl. Dazu gehört aber auch der zweite große Problemkreis, nämlich die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Offenbar ist das für zahllose Menschen, namentlich natürlich in Deutschland selber, die Kardinalfrage. Aber man darf dabei doch nicht vergessen, dass es für die Amerikaner und vermutlich ebenso für alle anderen beteiligten Regierungen eben doch nur eine von vier Fragen ist.

Der dritte Problemkreis betrifft die Entspannungen in Ostasien, wobei, da Rot-China ja am Konferenztisch der Großen Vier nicht anwesend sein wird, vermutlich nur ungefähr zu skizzierende Vorarbeiten geleistet werden können. Endlich das vierte Problem, an das man in Europa in diesem Zusammenhang anscheinend am wenigsten denkt: die Möglichkeit einer Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung oder wenigstens eines "Rüstungsgleichgewichts", wofür die UNO-Abrüstungskommission doch letztlin mehr solide Grundlagen gelegt zu haben scheint, als die meisten Menschen wissen.

Rüstungsbegrenzung und Deutschlandfrage

Das amerikanische Staatsdepartement, das lange Zeit hindurch in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands kühl und reserviert war, ist letztlin in dieser Hinsicht etwas wärmer und aktiver geworden. Es erinnert daran, dass möglicherweise die Russen als Gegenleistung - unter anderem - eine Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze durch die künftige gesamtdeutsche Regierung fordern dürften, und man ist sich in Washington mit vollem Recht nicht darüber klar, ob irgendein deutscher Staatsmann bereit sein wird, diese Anerkennung zu unterschreiben.

Leichter als in dieser Sackgasse hofft man der Lösung der deutsche Frage näher kommen zu können, wenn man sie mit der Abrüstungsfrage kombiniert. Hier eröffnen sich - vielleicht - interessante Möglichkeiten. Die jetzt beschlossene, aber noch nicht vollzogene Aufrüstung

in der Bundesrepublik würde dann - ähnlich dem bekannten Abrüstungsplan des französischen Sozialisten Jules Moch und auch manchen britischen Auffassungen - zum "Anlasser" einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung werden, die natürlich nicht nur die heute bestehenden Armeen, sondern auch die künftigen, also vor allen die Streitkräfte Deutschlands, mit einschliessen müßte. Ein Erfolg oder Teilerfolg ließe sich in dieser Hinsicht auf der Viererkonferenz vielleicht erzielen. Er würde zwar nicht direkt die deutsche Wiedervereinigung fördern, aber doch die Sicherheit und den Frieden in Europa untermauern. Als nächsten und wichtigsten Schritt in Europa ist die amerikanische Regierung bereit, sich auf eine solche Formel zu konzentrieren. Sie könnte freilich nur dann nützlich werden, wenn sie nicht etwa von der Annahme ausginge, Sicherheit und Frieden in Europa ließen sich auf die Dauer mit einer anhaltenden Spaltung Deutschlands vereinbaren. Das wird nie der Fall sein. * * *

* * *

Ideologische Kernfragen

K.N. Selten ist eine internationale Konferenz in den letzten Jahren mit so großer Spannung erwartet worden, wie das Zusammentreffen zwischen den politischen Exponenten der Sowjetunion und Jugoslawiens in Belgrad. Politische Beobachter in allen Teilen der Welt sind sich darüber im klaren, dass diese Begegnung nicht nur im landläufigen Sinne von Gesprächen zwischen zwei Ländern gesehen werden könne.

Das eigentlich Erstaunliche an der Belgrader Konferenz ist die Tatsache, dass sich Jugoslawien, dieses bisher an der Peripherie der großen politischen Auseinandersetzungen gelegene Land, durch den Besuch aus Moskau automatisch in den Vordergrund, ja fast Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt sieht. Marschall Tito wird diese Chance nutzen. Seine Reise nach Indien und der angekündigte Besuch des indischen Ministerpräsidenten Nehru haben weiter dazu beigetragen, den politischen Wechselkurs Jugoslawiens beträchtlich steigen zu lassen.

In dieser für die jugoslawische Weltgeltung so günstigen Atmosphäre wird nun also das Treffen mit der Moskauer Delegation stattfinden. Von amtlicher Seite in Belgrad wird über den voraussichtlichen Inhalt der Gespräche zwar immer wieder betont, die Moskauer Delegation trage ausgesprochen regierungsamtlichen Charakter und könne nicht etwa als eine in ein Regierungsgewand gekleidete Abordnung der KPdSU angesehen werden.

Man benötigt aber sicher nicht allzu viel Phantasie für die Voraussage, dass nicht nur außenpolitische, sondern auch ideologische Fragen angeschnitten werden dürften. Kann man sich überhaupt nach den spannungsreichen Jahren seit dem Bruch im Juni 1948 noch eine "Normalisierung der Beziehungen", die offiziell als das Hauptthema bezeichnet wird, ohne eine Generalausprache auch über ideologische Fragen vorstellen? Zumindest wird es, falls ein solcher Tagesordnungspunkt offiziell nicht vorgesehen ist, gleichwertige Gespräche im privaten Rahmen geben.

Der jugoslawische Außenminister Popovic hat dieser Tage darauf hingewiesen, dass man natürlich nicht vorher wissen könne, ob die Moskauer Gäste solche ideologischen Probleme berühren werden. Sollte dies der Fall sein, so meinte Popovic, dann würden die Jugoslawen ihre eigenen Auffassungen jederzeit darlegen können - was nicht mehr als selbstverständlich ist. Andererseits wies die "Prawda" schon vor acht Tagen auf "wesentliche Unterschiede in den Auffassungen über eine Reihe wichtiger Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung hin", ohne zu sagen, ob man in Belgrad darauf zu sprechen kommen werde. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass das nicht der Fall sein wird.

Dabei dürfte eine Abklärung der gegenseitigen Standpunkte in den Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zentralisierung und ihrer Konsequenzen das aktuellste Diskussionsthema sein. Der Vizepräsident des Bundesvollzugsrates, Kardelj, hat vor kurzen in einer Darstellung dieser "unterschiedlichen Auffassungen" der Sowjets und der jugoslawischen Kommunisten die Kernfrage aufgeworfen, wie die nationalisierte Produktion gelenkt und wie das Staatsmonopol und mit ihm der unheilvolle Bürokratismus beseitigt werden könne.

Speziell in diesem Punkte haben Moskau und Belgrad in den letzten Jahren diametral entgegengesetzte Auffassungen entwickelt. Da nicht anzunehmen ist, dass die Herren des Kreml nach Belgrad fahren, um titoistische Lehren anzunehmen, man andererseits keine geringe Meinung vom jugoslawischen Selbstbewusstsein zu haben braucht - und schon gar nicht im Zusammenhang mit diesem Besuch aus dem Mekka des Kommunismus - lässt sich schwer vorstellen, wie zum mindesten in diesem Punkt sich etwas Wesentliches ändern sollte.

Wunschbild und Wirklichkeit

sp - Die Gerüchte über eine angebliche Annäherung zwischen Regierung und Opposition wollen nicht verstummen. Es bedarf keiner grossen Phantasie, die Quellen zu entdecken, aus denen eine solche Zweckpropaganda gespeist wird. Die Koalition braucht aus vielen innen- und aussenpolitischen Gründen zumindest den Anschein, als wäre der Graben, der Regierung und Opposition trennt, gar nicht so tief. Im westlichen Ausland soll der Eindruck hervorgerufen werden, die Sozialdemokraten wären nun dabei, ihre aussenpolitische Konzeption zu revidieren und ihre Gegnerschaft gegen die Pariser Verträge aufzugeben. Aus der Tatsache, dass die Opposition bei der kommenden Beratung der Wehrgesetze - vor allem in den Ausschüssen - mit grösstem Nachdruck um den demokratischen Aufbau des Ganzen und um die Wahrung der Grundrechte des Einzelnen ringen wird, wurden völlig falsche Schlüsse gezogen. Es gibt keine sozialdemokratische Zustimmung zu der Politik, die der westdeutschen Bewaffnung im Rahmen der Pariser Verträge den Weg bereitet. Die aussenpolitische Debatte am kommenden Freitag wird in dieser Hinsicht die nötige Klarheit bringen und den trügerischen Schleier zerstören, der über der politischen Wirklichkeit liegt.

Zu dieser Wirklichkeit gehören die Bemühungen Bonn und der Koalition, die Opposition aus machtpolitischen Gründen in den Ländern auszuschalten. Der Sozialdemokratie soll nicht mehr die Möglichkeit gegeben werden, Einfluss auf die demokratische Gestaltung unseres Gemeinwesens auszuüben. In Schleswig-Holstein hat sich diese Tendenz über den Weg von Blockbildungen sogar bis in die Gemeinden durchgesetzt. Dieses unverhüllte Machtstreben steht allerdings im Widerspruch zu der gegenwärtig in Bonn herrschenden Tendenz, den feinen Mann zu spielen und so zu tun, als wäre man an einer Annäherung an die Opposition sehr interessiert. In Bonn ist es reine Taktik, ausserhalb Bonns aber ist man ehrlicher, denn dort wird der Kampf gegen das demokratische Drittel unseres Volkes mit allen, auch undemokratischen Mitteln, fortgesetzt, wie die Ignorierung jeder parlamentarischer Tradition in Schleswig-Holstein und Niedersachsen beweist.

25.5.1955

Eine krasse Fehlbesetzung

Der Mitbegründer der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Ostfriesland, Adolf Lentze, sandte am 19. Mai an den Bundesminister Hellwege, den voraussichtlichen neuen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, folgenden Brief zur beabsichtigten Ernennung des Göttinger Verlegers Schlüter zum Kultusminister von Niedersachsen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Nach Pressemeldungen soll im Falle Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen Herr Leonhard Schlüter als Kultusminister von Ihnen berufen werden.

Natürlich nimmt niemand, der Sie zu kennen glaubt, an, dass das Ihrer eigenen Absicht entsprungen sein könnte, aber es wäre doch gut, wenn Sie die deutsche und die Weltöffentlichkeit, vor der Sie kürzlich in Kopenhagen auf der Tagung der Moralischen Aufrüstung sich zum Geist der Völkerversöhnung bekannten, nicht länger in Ungewissheit darüber ließen, dass Sie diesen hohen Ziele auch und erst recht als Ministerpräsident eines deutschen Landes treu zu bleiben gedenken, indem Sie u.a. nicht einen Mann ausgerechnet als Kultusminister berufen, der als Mitbegründer der verbotenen und aufgelösten faschistischen Remerpartei wahrlich der schlechteste Betreuer unserer niedersächsischen Kultur wäre, der ungeeignetste Mann zur Erziehung unserer Jugend zur Demokratie!

Als ein Mitbegründer der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Ostfriesland zwingt mich mein Gewissen, Ihnen gegenüber nicht zu schweigen in dieser Sache, und sei es auch nur, um nicht mitschuldig zu werden an dieser drohenden Kulturschande für unser liebes niedersächsisches Land! Wir, die wir aus bitterer Lebenserfahrung uns zu Grundsätzen bekennen, deren Verwirklichung Sie in Kopenhagen als Ihren höchsten Wunsch bezeichneten, nämlich eines Lebens aller Völker und Rassen miteinander ohne Furcht voreinander, erwarten nichts Gutes für dieses Anliegen von einem Manne wie Herrn Schlüter. Solche ehemaligen Unterstützer neofaschistischer Parteien nach 1945 können nicht als Garanten betrachtet werden für ein eigenständiges Kulturleben Niedersachsens im Rahmen des Grundgesetzes,

25.5.1955

für die Erziehung unserer Jugend zu einer deutschen Demokratie aus den Kräften unserer Landschaft, für die Wirksamkeit unserer Universitäten in diesem Geiste.

Es besteht die Gefahr, dass solche Männer wie Herr Schlüter, dessen persönliche Wohlstandslage in diesem Briefe natürlich gar nicht zur Debatte steht, in einem solchen Posten überfordert werden, der mehr als ein Lippenbekenntnis zur lebendigen Demokratie verlangt.

Seiner Person mangelt für die Jugend Niedersachsens die Glaubwürdigkeit einer echten Repräsentanz unserer sozialen, freiheitlichen, demokratischen, toleranten Tendenz im Aufbau und Ausbau jenes Teiles unseres größeren Vaterlandes, für den wir in der Bundesrepublik verantwortlich sind.

Die angespannte Lage besonders auf dem Gebiet der Schulgesetzgebung erfordert einen Mann als Kultusminister in Niedersachsen, dessen ganze bisherige Lebenshaltung und dessen Charakter den Eltern unseres Landes die Gewähr bietet, dass er den leider bestehenden Schwierigkeiten nicht neue hinzu fügt, die aus dem Wachstumsprozeß seiner im lebhaften Entwicklungsschwierigkeiten befindlichen Persönlichkeit kommen könnte. - Er muß nicht unbedingt aus den Reihen der üblichen Postenanwärter stammen! Es sollte ein Mann sein, dessen christlichen Takt es auch die andere Fraktion sicher sein könnte.

Ein Mann mit einer solch groben politischen Fehlleistung wie Herr Schlüter ist denkbar ungeeignet dazu.

Ich weiß, Herr Bundesminister, dass die Gedanken, die ich in diesem Briefe äußerte, von vielen Eltern, Lehrern und Geistlichen geteilt werden. In der Hoffnung, durch diesen Brief nicht nur - wie ich annehme! - Ihre eigenen Bedenken gegen die Person Herrn Schlüters als Kultusminister gestärkt zu haben, sondern Sie endgültig ermutigt zu haben, ihn auf keinen Fall zu berufen,

bin ich

aufrichtig Ihr

gez. Adolf Lentze

Verantwortlich: Peter Raunau